

# Protokolleintrag vom 20.06.2012

2012/253

## Erklärung der SVP-Fraktion vom 20.06.2012: Rechnung 2011

Namens der SVP-Fraktion verliest Dr. Daniel Regli (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Stadt Zürich auf dem Weg zur ruinösen Wirtschaftspolitik der Euro-Genossen

Die detaillierte Prüfung der Rechnung 2011 der Stadt Zürich bestätigt die SVP darin, dass die konzertierte Budgetrückweisung im Dezember 2011 für verantwortungsbewusste Politiker und Parteien alternativlos war. Die Rechnung der Stadt Zürich schliesst mit einem Aufwandüberhang von rund CHF 6 Mio. Franken ab – nach links-grüner Diktion gleichzusetzen mit einem ausgeglichenen Haushalt oder anders ausgedrückt einer roten Null.

Ein Blick auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung in der Schweiz relativiert allerdings das wie gewohnt positiv verfärbte Bild der Stadtregierung. So stieg das BIP (Bruttoinlandprodukt) in der Schweiz 2010 um 2.7% und 2011 um 2.4%, währendem für 2012 und 2013 mit teils massiv schwächerem Wachstum gerechnet wird. Trotzdem brachten es die 9 Schönwettergenossen der Stadtregierung und die links-grün-orange Mehrheit dieses Rates fertig, in beiden Jahren defizitäre Rechnungen zu präsentieren. Dies wiegt umso schwerer als dass der städtische Säckelmeister von rekordtiefen Zinsen profitieren kann, dies aber weniger zur Entlastung des Schuldendienstes nutzt, sondern im Gegenteil die Schulden noch ausweitet. Das kommt zumindest der SVP bekannt vor – es entspricht dem mehrjährigen Finanzgebaren der europäischen Genossen in Gemeinden, Ländern und Staaten. Die Resultate sind bekannt.

Besonders bedenklich bleibt weiterhin der Trend beim Personalaufwand. Die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals übertreffen das Budget erneut um 1.6 Millionen Franken. Dabei sind Lehrerlöhne und Abgeltungen an den Kanton für Lehrer noch nicht eingerechnet. Gegenüber 2010 wird unter dem Budgetposten 3010 10 Millionen Franken, gegenüber 2009 sogar 53 Millionen Franken mehr ausgegeben. Und dies vor dem Hintergrund einer sich massiv verschlechternden Konjunktur rund um die Schweiz herum und der faktischen Aufgabe des Finanzplatzes durch die Zürcher Stadtpräsidentin.

Der deutlich schlechter als erwartete Steuerertrag konnte nur durch die weiterhin massive Zuwanderung einigermaßen aufgefangen werden, fielen doch die Quellensteuereinnahmen um 47 Millionen Franken höher aus als erwartet. Bilanzverbesserung durch Massenzuwanderung – Zürich zahlt in punkto Lebensqualität (verdichtetes Wohnen, Mietpreise, volle Strassen, übervolle Trams, die nun schon handfeste Einschieber am Bellevue benötigen, Energieverbrauch, Wasserverbrauch, Grünflächenreduktion, usw.) einen wahrhaft teuren Preis zur Erhaltung einer ausgeglichenen Rechnung!

Besonders erstaunt in Bezug auf die Lohnaufwandsentwicklung ist die SVP auf der anderen Seite von der Tatsache, dass trotz dem damaligen Wehklagen der linken Parteien und ihrer Stadträte wegen der angeblichen Streichung von Polizeistellen aus dem ursprünglichen Budget des Stadtrates und der angeblichen lebensbedrohenden Nichtgewährung von zusätzlichen Hebammestellen im Stadtspital Triemli ausgerechnet in diesen beiden Rechnungskreisen sogar noch 2.5 Millionen bzw. 3.7 Millionen Franken weniger als im gekürzten Budget 2011 ausgegeben wurde. Die Beurteilung zur Annahme oder Ablehnung der Rechnung hing und hängt bei der SVP nicht von der Grösse des Überschusses oder des Defizits ab, vielmehr geht es darum, die operative Entwicklung zu bewerten. Die in der Rechnung 2011 gegenüber dem Budget ausgewiesene Resultatsverbesserung von 51 Millionen Franken kam u.a. durch folgende Faktoren zustande:

- Auflösung von Rückstellungen beim ewz: 33 Millionen Franken
- Energiehandel ewz: Nettoverbesserung 18 Millionen Franken
- Weniger Abschreibungen: 20 Millionen Franken
- Verzicht auf Planung von Wohnsiedlungen durch Dritte: 43 Millionen Franken
- Verzicht auf Altlastensanierungen: 4.5 Millionen Franken
- Verzicht auf Unterhaltsarbeiten: 30 Millionen Franken

Die Ergebnisverbesserung von einem markanten Defizit zu einer roten Null ist aus Sicht der SVP auf buchhalterische Massnahmen, dem Verzicht auf Wohnungsplanung, was angesichts der in der Vergangenheit von rot-grün überlaut propagierten Wohnbauinitiativen geradezu einer Verhöhnung der Stimmbewölkerung gleichkommt, und des Unterhaltverzichts zurückzuführen. Die wahren Klumpenrisiken blieben einmal mehr unangetastet. Namentlich ist der weitere Anstieg der Schulden auf nunmehr 8.7 Milliarden Franken besorgniserregend – insbesondere im Hinblick auf die Anspruchsmentalität von links-grün und die besonderen exogen verursachten ökonomischen Herausforderungen der nächsten Jahre.

Deshalb kann es für die SVP nur eine Entscheidung geben: Rechnung 2011 ablehnen, Décharge verweigern!